

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 158 (1992)

Heft: 4

Artikel: Die ehemaligen sowjetischen Streitkräfte in schwerer Krise

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-61727>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die ehemaligen sowjetischen Streitkräfte in schwerer Krise

ASMZ-Korrespondent

Die grösste Atomstreitmacht auf unserem Kontinent hat keine politische Führung mehr. Sie ist von einer tiefen Krise erfasst. Strategen, Armeepolitiker, militärische Übungsleiter schreiben auch im Westen ihre Bücher neu. Die Instabilität wächst. Die Entwicklung ist im vollen Gange. Wir gehen unruhigen Zeiten entgegen.

H.B.

Die Streitkräfte der GUS befinden sich in einer Umbruchphase mit ungewisser Zukunft.

Über die Zukunftsaussichten der heute im Bereich der GUS noch vorhandenen Streitkräfte gehen die Meinungen auseinander. Den Forderungen Russlands, das weiterhin starke, zentral geführte Streitkräfte verlangt, stehen entgegengesetzte Vorschläge anderer Republiken gegenüber. Die Situation innerhalb aller Teilstreitkräfte (Land-, Luft- und Marinestreitkräfte) ist als lamentabel zu bezeichnen. Die Gründe für die sich laufend weiter verschlechternde Situation sind vielfältig:

- Die unklare militär-politische Situation, die nach der Auflösung der UdSSR entstanden ist. Nebst einem generellen Prestigeverlust, den die Militärs hinnehmen müssen, machen sich innerhalb der Truppen auch zunehmend ethnische Spannungen bemerkbar.
- Die schlechte Versorgungslage bei der Truppe und die durchwegs unsicheren Zukunftsaussichten beim Of-

fizierskorps und den Angestellten des militärisch-industriellen Komplexes drücken auf die Stimmung und behindern zusätzlich die angestrebten Reformen.

Streitkräftepotential

Gegenwärtig ist es schwierig, einigermaßen gesicherte Zahlen über die noch vorhandenen aktiven Verbände und Mittel des ehemals sowjetischen Streitkräftepotentials zu erhalten. Tatsache ist, dass bei den meisten Truppen wegen der schlechten Versorgungslage kein geregelter Ausbildungsbetrieb mehr möglich ist und darum früher feststellbare Aktivitäten zunehmend fehlen.

Der seit 1990 laufende Abzug der früher im Vorfeld des WAPA stationierten ehemaligen sowjetischen Truppen geht unterdessen planmäßig weiter. Nachdem dieser Abzug aus Ungarn und der CSFR seit einiger Zeit abgeschlossen ist, dürfte bis Mitte 1992 auch rund die Hälfte der WGT (Westgruppe der Truppen in der ehemaligen DDR) in die Republiken der GUS zurückgezogen sein. Der bereits angelaufene Rückzug aus Polen (NGT = Nordgruppe der Truppen) soll bis Ende 1993 abgeschlossen sein. Schwierigkeiten bereiten die weiterhin in den baltischen Staaten stationierten Verbände, deren sofortiger Abzug immer wieder gefordert wird. Wohl hat Russland deren Rückverlegung zugesichert, doch das Hauptproblem besteht heute darin, für diese Verbände

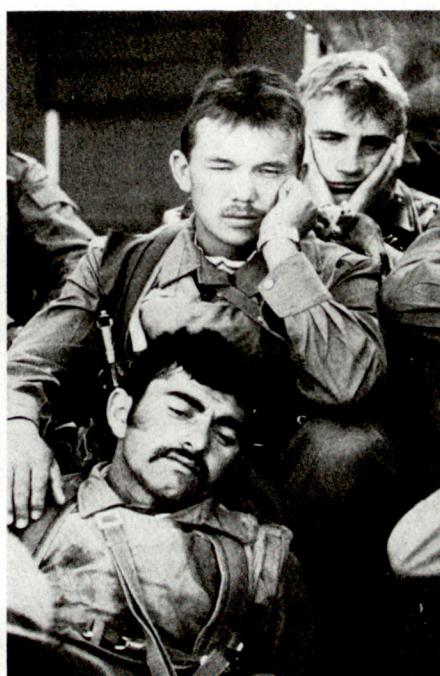


neue Standorte zu finden. Mit ein Grund, dass viele der heute aus Deutschland abgezogenen Divisionen gleich nach der Rückkehr aufgelöst werden. Gegen Ende des letzten Jahres soll gemäss US-Angaben das Potential bei Land- und Luftstreitkräften (nur taktische Fliegerkräfte) sowie deren grobe Dislozierung wie folgt ausgesehen haben:

Republik	Anzahl aktive Divisionen	Anzahl Kampfflugzeuge
Russland	70	2400
Ukraine	20	850
Weissrussland	10	470
Kasachstan	4	340
Armenien	3	—
Aserbeidschan	4	140
Georgien	4	240
Kirgisien	1	—
Moldawien	1	—
Tadschikistan	1	—
Turkmenien	4	160
Usbekistan	1	300
Baltische Staaten	4–5	300
Deutschland (WGT)	11	400*
Polen (NGT)	2	100*
Total (ca.)	140	5700

*Schätzungen

Der Gesamtumfang der Streitkräfte wird derzeit noch auf rund 3 Millionen Mann geschätzt. Die beabsichtigte Umstellung auf die Marktwirtschaft führt in den Truppenverbänden zu akuten Versorgungsschwierigkeiten. Während früher die Versorgung der Streitkräfte erste Priorität hatte, müssen heute die verantwortlichen Versorgungsstellen der Verbände die Verbrauchsgüter auf dem Markt zu den üblichen Preisen beschaffen. Zu Engpassen kam es bisher vor allem in den Bereichen Betriebsstoff- und Lebensmittelversorgung. Gemäss Aussagen hoher Militärs wird dadurch der Ausbildungsbetrieb massiv beeinträchtigt. Auf vielen Flugbasen ruhe heute der Flugbetrieb wegen Mangel an Betriebsstoffen, aus dem gleichen Grunde müsse bei den Landstreitkräften auf die Durchführung kombinierter Gefechtsübungen verzichtet werden. Hinzu kommen vermehrt auch Transportprobleme, unter denen vorab Truppen in Fernost sowie in anderen abgelegenen Regionen zu leiden haben.



Die andauernde unsichere politische und wirtschaftliche Lage führt zu einer zunehmenden Verunsicherung und Unzufriedenheit bei den Truppenangehörigen.

Beibehaltung der strategischen Truppen

Ende letzten Jahres wurde durch die Staatschefs der Republiken beschlossen, dass die sogenannten strategischen Streitkräfte unter einem einheitlichen Kommando, das dem Rat der Staatschefs untersteht, weiterbestehen sollen. Darunter fallen alle Verbände, Truppenteile, Einrichtungen und Militärobjekte der verschiedenen Teilstreitkräfte, die für die Führung und Sicherstellung der strategischen Kräfte benötigt werden. Obwohl nirgends klar definiert, dürfen darunter folgende Truppen und Einrichtungen fallen:

- Das strategische Nuklearpotential, inklusive die Trägermittel der nuklearen Triade (interkontinentale ballistische Lenkwaffen, Nuklear-U-Boote und strategische Bomber).
- Die zentrale Luftraumverteidigung mit den entsprechenden Fliegerkräften und operativ-strategischen Flab-Lenkwaffensystemen (ABM-Systeme).
- Spezialdienste und -truppen wie Luftlandetruppen, Nachrichtendienste, Sicherheits- und Truppen des Innern, Bewachungstruppen für die Nukleardepots usw.

Anlässlich der bisherigen Treffen der verschiedenen Staatschefs der GUS konnte weder über eine gemeinsame Verteidigungspolitik noch über

die Struktur allfälliger gemeinsamer konventioneller Streitkräfte eine Einigung erzielt werden. Die derzeitige militärische Führung der noch zentral geführten Streitkräfte, mit Verteidigungsminister Schaposchnikow an der Spitze, wurde von Jelzin eingesetzt und ist daher vom russischen Präsidenten beeinflussbar. Es scheint, dass die noch vor Auflösung der UdSSR angegangenen Umstrukturierungen und Reformen nur sehr beschränkt weitergeführt werden können. Trotz der internen Schwierigkeiten und der ungewissen Zukunft bei den Offizieren scheint das Gros der Führungsstrukturen auf operativ-strategischer Ebene noch zu funktionieren. Die bereits im letzten Jahr noch unter Gorbatjow angekündigte Reduktion um 700 000 Mann soll sich in der Realisierungsphase befinden. Zudem sind weitere Bestrebungen im Gange, den Gesamtumfang der heutigen Streitkräfte bis 1994 auf etwa 2 Millionen, möglicherweise auch darunter, zu reduzieren. Ausschlaggebend für diese Entwicklungen sind nebst finanziellen Aspekten auch beabsichtigte, allerdings noch nicht konkretisierte Umstrukturierungspläne. Bereits Ende 1991 wurde eine langfristige Umwandlung der primär auf der allgemeinen Wehrpflicht basierenden Struktur in Richtung einer Berufsarmee angekündigt. Im gleichen Zuge wurde eine sofortige Reduzierung der Wehrdienstpflicht von früher 24 auf noch 18 Monate verlangt. All diese Faktoren haben unmittelbaren Einfluss auf die Strukturen und den personellen Umfang künftiger Streitkräfte.

Noch im letzten Jahr – anlässlich des 2. Militärdoktrinenseminars in Wien – wurde durch den damaligen sowjetischen Verteidigungsminister eine Umgliederung der Landstreitkräfte postuliert. Anstelle der früheren Armee-/Divisionsstruktur solle auf die im Westen übliche Korps-/Brigadestruktur übergegangen werden. Angesichts der innenpolitischen Entwicklungen ist es aber heute mehr als fraglich, ob die damals angekündigten Änderungen überhaupt jemals realisiert werden können.

Aufbau von republikseigenen Streitkräften

Über die Zukunft der konventionellen Streitkräfte konnte unter den Republiken bisher keine Einigung erzielt werden. Bereits haben verschiedene der elf Republiken der GUS den

Aufbau eigener Streitkräfte angekündigt. Die restlichen wollen ihre Verbände, allerdings mit ganz unterschiedlichen Bedingungen, weiterhin oder auf Zusehen hin einem einheitlichen Oberkommando unterstellen. Bisher fehlen genaue Zielsetzungen, Organisationsstrukturen und Konzepte für die in Aufbau begriffenen republikseigenen Truppen.

Die Ukraine strebt eine von der GUS unabhängige Verteidigungspolitik an. Dabei wird bereits seit einiger Zeit die Aufstellung eigener Land-, Luft- und Marinestreitkräfte geplant. Grundsätzlich sollen die Verbände aus dem Bestand der heute in der eigenen Republik stationierten, ehemals sowjetischen Truppen, gebildet werden. Der Gesamtumfang soll gemäß neusten Angaben etwa 200 000 Mann betragen. Dazu kommt die geplante Aufstellung einer Nationalgarde von weiteren 50 000 Mann. Geht man davon aus, dass heute auf ukrainischem Territorium effektiv etwa 450 000 Mann stationiert sind, so könnte nur etwa die Hälfte der heute in der Ukraine stationierten Truppen weiter verwendet werden.

Moldavien hat ebenfalls die Aufstellung eigener Streitkräfte angekündigt. Diese Republik strebt eine vollständige Unabhängigkeit an und verlangt einen möglichst raschen Abzug sämtlicher Truppen inklusive der heute noch stationierten Inneren Truppen und Grenztruppen. Geplant ist in Moldavien die Aufstellung einer Nationalgarde, bestehend aus 1 bis 2 Divisionen. Bezuglich Schutz des Luftraumes und weiterer strategischer Aspekte soll mit den Nachbarstaaten verhandelt werden.

Aserbeidschan hatte bereits Ende 1991 einen eigenen Verteidigungsminister ernannt und die Bildung einer eigenen Armee beschlossen. Diese soll etwa 150 000 Soldaten umfassen, die ausschließlich aus republikseigenen Leuten gebildet werden.

Gegen vereinigte konventionelle Streitkräfte haben sich auch Weissrussland, Usbekistan und Turkmenistan ausgesprochen. Über den Aufbau eigener Armeen sind hier erst vage Aussagen gemacht worden.

Zukunftsperspektiven

Die Auflösung des WAPA sowie das anschließende Auseinanderfallen der Sowjetunion zeitigt bereits auch Auswirkungen auf die beschlossenen Rüstungsbegrenzungen in Europa (CFE/KSE). Durch die neue Situation, d.h.

Entstehung neuer republikseigner Truppen in der GUS, entfällt die bisherige strukturelle Verhandlungsbasis. Schwierig dürfte es insbesondere dann werden, wenn infolge Nichtratifizierung von neu entstandenen souveränen Staaten der Vertrag neu ausgehandelt werden müsste. Die Frage der zukünftigen Strukturen und die Aufteilung der Truppenverbände auf die einzelnen Republiken der GUS enthält noch viel Konfliktstoff. Entwicklungsmöglichkeiten sind gegenwärtig schwierig aufzuzeigen, umso mehr als viel von den meist sprunghaften Entscheidungen der heutigen wichtigsten Staatschefs (Jelzin, Krawtschuk, Nasarbajew usw.) abhängen wird.

Bei den bisherigen Treffen in Minsk haben die anwesenden Republikpräsidenten der GUS außer dem Beschluss zur gemeinsamen Kontrolle der strategischen Streitkräfte keine sicherheitspolitischen Vereinbarungen getroffen. Bezuglich konventioneller Streitkräfte wurde keine Übereinkunft erzielt. Die Bildung einheitlicher konventioneller Verbände unter einem gemeinsamen Oberkommando erscheint immer weniger wahrscheinlich. Immer mehr Republiken haben die Absicht, eigene Truppen für ihre Sicherheitsinteressen aufzustellen. Allerdings fehlen praktisch überall konkrete Konzepte und Strategien bezüglich der Ausgestaltung künftiger Armeen.

Die Versorgungsschwierigkeiten bei Land- und Luftstreitkräften haben stark zugenommen, u.a. leidet darunter der Ausbildungsbetrieb.



Kommt dazu, dass bis auf weiteres auch keine finanziellen Mittel vorhanden sind. Ein weiteres Anhalten des derzeitigen unsicheren und instabilen Zustandes beim Gros der Truppen erscheint daher unumgänglich. Bei einem längeren Andauern dieser Situation wird das Potential an Unzufriedenen in den Verbänden weiter zunehmen. Nicht nur im Westen, sondern vermehrt auch in der GUS selber sind wieder häufiger Äußerungen zu hören, die einen erneuten Putschversuch nicht ausschließen. Veranlassungen hiefür könnten sich vor allem aus der sich zunehmend verschlechternden sozialen Situation der Militärs ergeben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass noch genügend Kräfte vorhanden sind, die sich bei Gelegenheit für eine Wiederherstellung des alten Systems einsetzen werden. Auffallend ist die steigende Enttäuschung innerhalb des Offizierskorps über die ausbleibenden Reformen und politischen Entscheidungen. Tatsache ist auch, dass immer noch mindestens 10 Millionen Personen im sogenannten militärisch-industriellen Komplex tätig sind. Wahrscheinlich kann diese Organisation bis heute den Löwenanteil des Volkseinkommens für seinen Bereich abweisen und wird alles unternehmen, um diese Sonderstellung behalten zu können.

Abgeschlossen Mitte Februar 1992 ■